Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Dresden 2640

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsstellung monatlich M., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich M., auf dem Lande M., durch die Post bezogen vierteljährlich M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen bei der Druckerei keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Inseratenpreis M. für die 6 gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2spaltige Korpuszeile M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile M. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geriet.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 142 — **Mittwoch den 21. Juni 1922.** — **81. Jahrgang**

Amtlicher Teil.

Kehrlöhne des Schornsteinfegers.

Zu der unterm 31. März 1921 (Tageblatt vom 21. April 1921) bekanntgegebenen Grundgebührenordnung ist an Stelle des bisherigen Teuerungszuschlags von 225 Prozent ein solcher von 400 Prozent festgesetzt worden. Die Erhöhung tritt vom 1. Juli 1922 ab in Kraft.

Wilsdruff, am 16. Juni 1922. 3776

Der Vorsitzende des Kehrverbandes Wilsdruff.

Donnerstag den 22. Juni 1922, abends 7 Uhr

öfftl. gemeinschaftl. Sitzung des Rats u. der Stadtverordneten.

Wilsdruff, am 20. Juni 1922. 3777 **Der Bürgermeister.**

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Das Garantiekomitee ist in Berlin zu Besprechungen mit der deutschen Regierung eingetroffen.
* Das deutsche Goldzollaufgeld wird mit Wirkung vom 25. Juni 1922 ab bis auf weiteres auf 6400 Prozent festgesetzt.
* Auf dem Leipziger Gewerkschaftskongreß hielten der Reichsarbeitsminister und der Reichswirtschaftsminister politische Ansprachen.
* In Kattowitz ist die polnische Polizei in starken Abteilungen eingerückt und hat den Dienst in der Stadt übernommen.
* Frankreich plant nach Blättermeldungen die Einberufung einer interalliierten Konferenz über die Aufhebung der Schulden aus der Kriegszeit.
* Die amerikanische Regierung arbeitet einen Plan zur Rückerstattung des beschlagnahmten deutschen Eigentums aus.

Reichstagsauflösung?

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:

Es gibt Leute, die ganz ernsthaft die Behauptung wagen, daß der Reichstag wieder einmal kritischen Tagen entgegengehe. Diesmal nicht aus Gründen der auswärtigen Politik; hier lägen vielleicht, angesichts der Erfolglosigkeit unserer Bemühungen um eine Besserung der internationalen Lage, genügend Unterlagen vor, um abermals in eine kritische Nachprüfung der Erfüllungspolitik einzutreten. Aber davon ist heute weniger die Rede. Man ist es einstweilen wenigstens müde geworden, den gleichen Felsen immer wieder bergan zu rollen, da man doch mit tödlicher Sicherheit voraussehen muß, daß er allen Anstrengungen zum Trotz schließlich wieder in die Tiefe zurückrollen wird. Nein, diesmal hat man sich auf eine Frage der inneren Wirtschaftspolitik geworfen und stellt sich so, als wenn um sie wieder einmal alle Geister in Deutschland wild entbrennen müßten.

Die Getreideumlage steht für das Erntejahr 1922 zur Entscheidung. Die Reichsregierung hat nach langwierigen Verhandlungen mit den beteiligten Berufsständen sich für die Notwendigkeit einer abermaligen Getreideumlage entschieden, und der Reichsrat ist ihr, wie danach nicht anders zu erwarten war, mit erheblicher Stimmenmehrheit beigetreten. Im Reichstag aber sind die Aussichten ungewiß, weil sowohl aus dem Zentrum wie auch der Demokratischen Partei Absplitterungen nach rechts hin befürchtet werden. Die Blätter des linken Teils der Regierungskoalition zeigen sich darüber in hohem Grade beunruhigt, der Vorwärts vor allem spricht bereits ganz unverhohlen von dem Gedanken einer Reichstagsauflösung, natürlich nicht, ohne damit auf der Gegenseite das entsprechende Echo zu finden. Wer indessen gelernt hat, das Treiben der Politiker unserer Tage mit nüchternem Blick zu beurteilen, wird ob dieses Lärmens seine Ruhe nicht verlieren. Einstweilen wenigstens vermag er nicht einzusehen, warum hier wieder einmal so zu einer Machtfrage gestempelt werden soll, was lediglich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt werden muß und wofür sich, da weder der eine noch der andere Teil seinen Standpunkt unter den heutigen Zeitverhältnissen unverkürzt durchzusetzen vermag, notwendigerweise ein Ausgleich finden muß. Die Landwirtschaft kann mit Fug darauf hinweisen, daß ihr für dieses Jahr von berufener Seite die völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft auch für das Brotgetreide in Aussicht gestellt worden ist, wie auch darauf, daß eine zweite Getreideumlage für sie ein neues Milliarden-Opfer bedeutet. Auf der anderen Seite muß man es verstehen, wenn die Regierung bei dem voraussichtlichen schlechteren Ernteergebnis dieses Jahres die Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide weder der Menge noch dem Preise nach ausschließlich dem freien Verkehr überlassen will. Muß schon der gegenwärtige Brotpreis auf der augenblicklich gegebenen Grundlage für den Beginn des neuen Wirtschaftsjahres nahezu verdoppelt werden, so wäre die Preisentwicklung, wenn man sich nur auf unsichere Faktoren verlassen wollte, ganz und gar ungewiß. Ein Risiko, das heute kein verantwortlicher Staatsmann ohne weiteres auf sich nehmen kann. Nur wenn die Landwirtschaft in der Lage wäre, gleichwertige Garantien für eine ausreichende und einigermaßen erschwingliche Brotversorgung der Bevölkerung zu übernehmen, könnte der Regierung Verzicht auf die Getreideumlage angesonnen werden. Davon ist aber, soweit man wenigstens bisher gehört hat, nicht die Rede. So wird wohl auch die Mehrheit des Reichstags nach reiflicher Erwägung alles Für und Wider schließlich auf den Boden der Regierungsvorlage treten.

Zu wünschen wäre natürlich, daß auch den Vertretern der Landwirtschaft die Hinnahme der Getreideumlage nach Möglichkeit erleichtert werde; unter dieser Voraussetzung würde der Widerstand, der in ihren Reihen mit Schärfe angekündigt wird, wohl auch diesmal wieder aus vaterländischen Gründen aufgegeben werden. Bis jetzt wenigstens haben die rechtsstehenden Parteien sich noch jedem Gesetz gefügt, wenn es einmal in der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Form zustandegekommen war. Die gleiche Fügsamkeit muß man freilich auch von der Gegenseite für den Fall erwarten, daß der Reichstag wider Vermuten die Vorlage ablehnen sollte. Denn warum in aller Welt soll der Wille der Volksvertretung nur respektiert werden, wenn er im Sinne der einen, und nicht, wenn er im Sinne der anderen Anschauung sich auswirkt? Man sollte es unterlassen, leichtherzig mit dem Feuer zu spielen. Die Aufregung einer Reichstagsauflösung wäre gerade das Letzte, was wir heutzutage noch vertragen können, gleichviel aus welchen Gründen immer sie erzwungen würde. Es scheint aber, daß gewisse Politiker ohne mehr oder weniger parlamentarische Druckmittel heutzutage nicht mehr auskommen können, ginge es nach ihnen, wir kämen aus Parlaments- und Regierungskrisen überhaupt nicht mehr heraus.

Das Problem der Weltschulden.

Eine neue Konferenz?

Nachdem das Anleiheprojekt vorläufig vertagt worden ist, scheint es, als ob die Regelung der Schuldenfrage, die ja keine deutsche, sondern eine internationale Angelegenheit ist, ebenfalls zum Stillstand gekommen sei. Daß dieser unhaltbare Zustand aber schleunigst der Änderung bedarf, ist jedermann klar. Es müssen neue Wege gesucht werden, um einerseits die deutschen Schuldverpflichtungen herabzusetzen und dabei auch die Schulden Frankreichs und Englands in Amerika zu ordnen. Nun glaubt der Londoner Berichterstatter der „Chicago Tribune" mitteilen zu können, daß Frankreich in Kürze eine Konferenz einberufen wird, um ihr einen Plan über eine

gegenseitige Streichung der interalliierten Schulden

vorzulegen. In englischen Kreisen stehe man dem Grundgedanken nicht unsympathisch gegenüber; aber in amerikanischen Kreisen wird nach wie vor die Ansicht vertreten, daß Frankreich den Anfang mit einem Schuldennachlaß an Deutschland machen müsse. Man könne nicht recht verstehen, warum die Vereinigten Staaten Frankreich einen Teil seiner Schulden erlassen sollen, wenn dieses nach wie vor Deutschland zwingen will, ihm jeden Pfennig zu zahlen. Man hofft, daß der Plan Frankreichs eine große Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete in Gestalt von Sachlieferungen und Arbeitskräften vorsieht. Man spricht sogar davon, daß Frankreich dann bereit sein würde, in gewissen Grenzen einer Abrüstung näher zu treten. Vorläufig kann dieser Plan noch nicht als spruchreif angesehen werden, da vor allem in Amerika noch starke Widerstände dagegen bestehen.

*

Das Garantiekomitee in Berlin.

Ein Anfang zur Regelung der deutschen Zahlungen wird in diesen Tagen in Berlin gemacht. Das Garantiekomitee, der zur Prüfung der deutschen Finanzmaßnahmen bestimmte Ausschuß der Reparationskommission, ist in Berlin eingetroffen und wird mit der deutschen Regierung über die Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben, die Maßnahmen gegen die Kapitalflucht und die Handhabung der deutschen Statistik verhandeln. Die Reparationskommission will vor weiteren Entschließungen das Ergebnis dieser Besprechungen abwarten.

Die deutschen Sachleistungen.

Drei Lieferungsverträge.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags hielt gemeinsam mit dem Reichstagsausschuß zur Ausführung des Friedensvertrages eine Sitzung ab, in der die Verträge über die Ausführung der Reparationssachleistungen besprochen wurden. Staatssekretär Müller (Reichsministerium für Wiederaufbau) gab eine ausführliche Übersicht über die Sachleistungsverträge. Es handele sich hierbei um folgende Abkommen:

1. das Wiesbadener Abkommen, 2. das Bemelmans-Abkommen das zwischen Deutschland und der Reparationskommission abgeschlossen ist und den freien Verkehr mit denjenigen alliierten Mächten mit Ausnahme Frankreichs einführt, die dem Abkommen beitreten, und 3. das Gillet-Abkommen, das die Anwendung des Bemelmans-Abkommens auf Frankreich und die dadurch bedingte Abänderung des Wiesbadener Abkommens regelt.

Das Wiesbadener Abkommen, das jetzt der französischen Kammer vorliegt, hat Angriffe von der französischen Industrie erfahren. In wirtschaftlichen Kreisen, so erklärte der Staatssekretär, störte vor allem der mit dem Wiesbadener Abkommen verbundene Zwang zum Aufbau von Anforderungsverbänden. Man habe freien Verkehr zwischen alliierten Bestellern und deutschen Lieferungen vorgezogen. Hierauf beruhe nun das Bemelmansabkommen. Als dieses Abkommen paraphiert worden sei, sei in Frankreich der Wunsch nach einem gleichen Abkommen entstanden. So sei das Gillet-Abkommen entstanden. Nach diesen Abkommen müsse man unterscheiden zwischen den Lieferungen gegenüber Frankreich, gegenüber den Ländern, die dem Bemelmansabkommen beitreten, und gegenüber den Ländern, die diesen Verträgen nicht beitreten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Deutschland und die Ukraine.

Der deutsche Außenminister Dr. Rathenau hat einen Empfang für die Berliner Sowjetvertreter veranstaltet, auf dem auch Rakowski, der Kommissar der Sowjetukraine erschienen war. In der Frage der sinngemäßen Anwendung des Rapallovertrages auf die Ukraine, die bisher auf große Schwierigkeiten stieß, ist ein neuer Weg beschritten worden. Es wird eine gemischte Kommission, bestehend aus Deutschen und Ukrainern gebildet, die in Berlin über die zwischen Deutschland und der Ukraine schwebenden Finanzfragen verhandeln wird.

Die Polen in Kattowitz.

Die Übergabe der in dem an Polen abzutretenden Gebietsteile liegenden Eisenbahnen ist planmäßig vollzogen worden. Zu gleicher Zeit sind im Abstimmungsgebiet für den deutschen Teil die deutsche Eisenbahndirektion Oppeln und für den polnischen Teil die polnische Staatsbahndirektion Kattowitz eingerichtet worden. 200 Mann polnischer Polizei übernahmen nach einer kurzen Instruktion im Polizeipräsidium den Dienst in der Stadt Kattowitz. Der Belagerungszustand wird weiter aufrechterhalten. Als eine der letzten Städte wird Ratibor von den interalliierten Truppen am 2. und 3. Juli geräumt werden, so daß der Einzug der deutschen Reichswehr am 4. Juli erfolgen kann. — In Biskupitz kam es zwischen einem Apokommando und einer kleineren französischen Abteilung zu einem blutigen Zwischenfall, in dessen Verlauf vier Zivilisten getötet wurden.

Die Franzosen am Rhein.

Das amerikanische Hauptquartier und die französische Mission in Koblenz bestätigen die Nachricht, daß im Laufe der nächsten Woche ungefähr 6000 Mann französische Truppen in der amerikanischen Zone stationiert sein werden. Zunächst wird das gesamte Infanterieregiment 156 auf dem Asterstein in Possendorf, dem Ehrenbreitstein und in Engers untergebracht werden. Das französische Infanterieregiment 151, das vorläufig noch in Oberschlesien ist, wird innerhalb vier Wochen nach Koblenz kommen. Außerdem wird im Juli das französische Artillerieregiment 231 in Koblenz eintreffen.

Freigabe der deutschen Kleinvermögen in Amerika?

Bei einer Besprechung in Washington, an der u. a. Präsident Harding, Staatssekretär Hughes und der Treuhänder für das fremde Eigentum Miller teilnahmen, wurde die Verfügung über das in Amerika beschlagnahmte deutsche Eigentum und die Regelung amerikanischer Ansprüche gegenüber Deutschland verhandelt. Es heißt, man sei dafür gewesen, daß das Geld von Personen mit bescheidenen Mitteln, das in Amerika angelegt wurde, von der Regierung freigegeben werden sollte.

Deutsch-Österreich.

× **Die Großdeutschen zur Anschlußfrage.** In einer Versammlung der Großdeutschen Volkspartei in Wien erklärte Nationalrat Schürf zur Anschlußfrage, ein unbedachter, bloß von Leidenschaft diktierter Schritt hätte der Partei und dem deutschen Volke schwer geschadet. Mit Rücksicht auf die bedrängte Lage im Deutschen Reich müsse man schrittweise vorgehen, um das große Ziel der Vereinigung mit Deutschland zu erreichen. Parteiobmann Kandl bezeichnete die Angleichung der österreichischen Währung an die reichsdeutsche als glatte Unmöglichkeit

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF